

Mehr konnte der Ausschuss nicht tun, weil das Gesetz von ihm nicht einseitig abgeändert werden kann. Es bleibt daher zunächst nichts anderes übrig, als gestützt auf diesen Beschluss, die Umwandlung der einzelnen alten Ausschüsse zu betreiben. Bleiben dahingehende Gesuche an den Unternehmer und Verhandlungen mit ihm ohne Erfolg, so können verschiedene Hilfsmittel angewendet werden. Es kann nach § 13 des Hilfsmittelgesetzes der mindestens bei jedem Bezirkskommando bestehende Schlichtungsausschuss zu berufen werden. Dieser hat über das Anliegen zu verhandeln; es gelten hier die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes über das Gewerbegericht als Einigungsamt. Der Schlichtungsausschuss muß einen Schiedsspruch auch dann abgeben, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt. Sollte diese Anrufung ohne Erfolg sein, kann der zuständige Gewerbeinspektor gebeten werden, vermittelnd einzugreifen. Dieser hat auf Grund seiner ganzen Stellung und seiner Obliegenheiten das Recht, auf den Unternehmer im Sinne einer Umgestaltung einzugreifen. Zwingen kann er freilich den Unternehmer auch nicht dazu. Ein weiterer Weg ist noch der, eine Beschwerde beim Kriegsausschuss in Berlin W., Leipziger Platz 13, zu erheben. Ein solches Vorgehen stützt sich auf § 3 des Hilfsmittelgesetzes, nach dem die ganze Leitung und Beaufsichtigung des vaterländischen Hilfsmittelamtes dem Kriegsausschuss obliegt. Die Beschwerde an dieses Amt müßte entweder von einer Kommission, die von der Arbeiterschaft des Betriebes gewählt wird, oder von einer möglichst großen Zahl von Arbeitern des Betriebes unterzeichnet werden. Mit der Eingabe müßte das Kriegsausschussmitglied, auf den in Frage kommenden Betrieb einzuwirken, daß ein Ausschuss nach den Bestimmungen des Hilfsmittelgesetzes gewählt wird. Es ist nicht gut denkbar, daß alle diese Mittel erfolglos bleiben. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter überhaupt die nötige Energie haben und die verschiedenen Wege, wenn nötig der Reihe nach, beprobieren.

Andere Mittel, die Umwandlung zu erzielen, sind nicht vorhanden. Vielfach wird noch die Meinung vertreten, daß bei Ergänzung oder Neuwahlen alter Ausschüsse nach den neuen Vorschriften zu verfahren ist, so daß also nur ein alter Ausschuss sein Amt niederlegen brauche, um einen neuen mit den vorhandenen Einrichtungen zu erhalten. Diese Meinung ist aber durch eine Verordnung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Januar 1917 zerstört worden, die in § 9 ausdrücklich bestimmt, daß auch bei Nachwahlen alter Ausschüsse nach den Bestimmungen für diese alten Ausschüsse zu verfahren ist. Es kann also in diesem Punkte nur angenommen werden, daß lediglich bei solchen Fällen nicht aus dem Betriebsratsvorsitzenden bestehende Ausschüsse, die am 6. Dezember 1916 wohl auf dem Papier in der Arbeitsordnung oder sonstwo standen, in Wirklichkeit aber gar nicht mehr vorhanden waren, wie es so häufig vorkommt, die Neuwahlen auf Grund der neuen Vorschriften vor sich zu gehen haben und eine Neufunktionierung vorzunehmen ist. Sind aber zu dem genannten Zeitpunkt auch nur einige wenige Mitglieder des alten Ausschusses noch vorhanden gewesen, so müssen diese entsprechend den alten Vorschriften ergänzt werden. Unterläßt der Betriebsunternehmer entsprechende Anordnungen, so würde der Gewerbeinspektor anzurufen sein.

Auf die Arbeiterausschüsse alter Gestalt treffen weiter nicht zu die Vorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer bei Ausübung ihrer Tätigkeit vom 30. Januar 1917. In diesen heißt es ausdrücklich, daß den Arbeitgebern und ihren Vertretern unterlag ist, die Arbeiter in der Ausübung des Wahlrechts bei den nach § 11 Abs. 2, 3 des Gesetzes vorzunehmenden Wahlen zu den Arbeiterausschüssen oder in der Uebernahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines solchen Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Uebertragung zu benachteiligen. Der Verstoß gegen diese Vorschrift ist mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Haft bedroht. Ist auch dieser Schutz der Arbeitnehmer nicht zu hoch anzuschlagen, so ist er doch besser als keiner, und es ist zu bedauern, daß er nicht den Mitgliedern der alten Ausschüsse ebenfalls zuteil wird. Schließlich haben auch die vom Reichsausschuss beratenen, in allen Bundesstaaten (im Preußen durch Verordnung vom 31. Dezember 1917) eingeführten Bestimmungen zur Ausführung des § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst keine Anwendung auf die alten Ausschüsse. In diesen Bestimmungen sind eine ganze Reihe vorteilhafter Einrichtungen für die neuen Ausschüsse vorgesehen, die für die Arbeiter recht günstig sind. So ist zum Beispiel vorgesehen, daß jeder Arbeiterausschuss einen Obmann, einen Stellvertreter eines solchen und einen Schriftführer bezeichnen muß, die sämtlich aus deren Mitte zu wählen sind, daß der Arbeitgeber für die Arbeitszeit jenseits der Arbeitsstunden den Ausschussmitgliedern den Arbeitslohn weiterzahlen muß, daß die Zusammenkunft des Arbeiterausschusses den Arbeitern des Betriebes durch Anschlag an

sichtbarer Stelle bekannt zu geben ist usw. Alle diese Dinge können die alten Ausschüsse nicht erzwingen.

Bei der Abneigung der Unternehmer gegen freiwillige Reformen in Sachen der Arbeitervertretung wäre es gut, wenn die Gesetzgebung sich halb von neuem mit der Frage beschäftigt und die Rechte der neuen Ausschüsse auch den alten zukommen läßt. Die Angelegenheit ist wichtig genug, um sie auf diesem Wege erneut zur Entscheidung zu bringen. Die Arbeiter der großen Fabriken haben ein Recht, das zu verlangen.

Jedes

Verbandsmitglied hat das größte Interesse daran, daß unsere Organisation immer leistungsfähiger wird. Wer den Versuch einmal unternimmt, dem Verbande mindestens ein

Mitglied

zuzuführen, der wird sich überzeugen, daß es gar nicht so schwer ist, beim Ausbau der Organisation behilflich zu sein. Es

muß

nur der gute Wille dazu vorhanden sein. Es kann auch nicht schwer fallen, den noch Unorganisierten klarzumachen, was der Verband will: Zusammenfluß der Arbeiter und Arbeiterinnen zum gemeinsamen Handeln, d. h. zur Erämpfung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit. Würde sich jedes unserer 120000 Mitglieder

agitatorisch

betätigen und es gewönne jedes nur ein neues Mitglied, so hätte sich die Zahl der Verbandsmitglieder verdoppelt, und wir könnten desto mehr und desto schneller manches für die Mitgliedschaft erreichen. Wenn aber immer nur einzelne in der Agitation

tätig

sind, geht es nur langsam vorwärts, zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft. Deshalb heißt alle mit, die noch fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Die Mühe ist klein, aber groß wird der Erfolg

sein,

wenn diese Mahnung nicht nur gelesen, sondern ohne Aufsatz auch befolgt wird.

Auf der Wacht sein!

Man müßte nicht sehen wollen, wenn sich nicht die Ueberzeugung aufdrängen soll, daß die Arbeiterschaft schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengeht. Sie wird hineingedrängt. Allerdings, sie könnte auf Kämpfe verzichten, wenn sie sich dem Kapital einfach auf Gnade und Ungnade unterwerfen; auf ein tiefes soziales Niveau hinunterstoßen lassen will. Gedankt sie jedoch ihre wirtschaftliche Lage zu verteidigen, nicht allein die ungeheuren Kosten des Krieges auf ihre Schultern abwälzen zu lassen, dann bleibt keine Wahl: sie muß zunächst kampffähig, kampfbereit und, wenn das Verhalten des Kapitals dazu zwingt, auch kampfgewillt sein.

Auf der andern Seite macht man sich nicht nur fertig zum Angriff, man hat den Angriff bereits begonnen. In verschiedenster Weise! Es sind Aktionen schon eingeleitet, Maßnahmen in Vorbereitung, die mittelbar die Lage der Arbeiterschaft verschlechtern. Die auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichteten Aktionen bezwecken eine unmittelbare Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne. Die Arbeiter versuchen, ihre Wünsche auf dem Wege des Verhandels durchzusetzen, erweist er sich als unfruchtbar, auf dem des offenen wirtschaftlichen Kampfes. Auf die gleiche unmittelbare Weise kann das Unternehmertum versuchen, die Gewinnaussichten des Kapitals zu verbessern, indem es die Löhne kürzt oder die Arbeitszeit verlängert. Aber das ist nicht die einzige Möglichkeit für das Kapital, auf Kosten der Arbeiterschaft Vorteile zu erlangen, Opfer auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Mittelbar kann das geschehen durch die Gefahrung der Warenpreise und auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Und in dieser Beziehung hat bereits ein scharfer Kampf gegen die Interessen der Arbeiter eingesetzt.

Jede Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vermindert mittelbar den Lohn der Arbeiter. Ihre Kaufkraft wird geschwächt. Das gleiche gilt von der Verteuerung des Verkehrs und der Erhöhung der Steuern. In der meisten Gemeinden ist eine solche Belastung bereits wirksam geworden, indem man die Zuschläge zu den Staatssteuern hinaufgeschraubt hat. Eine Verteuerung des Verkehrs ist erst kürzlich wieder in Kraft getreten; dabei ist für die Benutzer der 4. Wagenklasse der Tarif verhältnismäßig härter gestiegen worden als für die übrigen Wagenklassen.

Am schwerwiegendsten ist die Belastung für die Verbraucher unzweifelhaft durch das Hin aufschwellen aller Warenpreise. Es hat das Lohn und Kosten der Lebenshaltung sehr zum Nachteil des Erwerbers verändert. Mag für eine Reihe von Arbeitern der nominelle Lohn auch ziemlich erheblich gestiegen sein, ungleich stärker ist die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Wer früher vielleicht 50 Prozent seines Einkommens für die Ernährung ausgab, muß jetzt 80 und mehr Prozent aufwenden und bleibt doch mit der Befriedigung aller Bedürfnisse gegen den Stand von damals zurück. Man trübt sich vielleicht in dem Gedanken, daß nach Beendigung des Krieges die Warenpreise wieder beträchtlich sinken würden. Das wäre ein sehr trügerischer Trost. Wenn auch von einer Reihe ungewöhnlich stark hinaufgetriebener Preise später die äußersten Spitzen abgebrochen werden mögen, im großen und ganzen haben wir mit einem dauernden Preishochstand zu rechnen. Auf viele Jahre hinaus werden die überall knapp gewordenen Rohstoffe hoch im Preise bleiben, das um so mehr, als auch die Transportkosten, die der Krieg ganz gewaltig verteuert hat, nicht wesentlich billiger werden dürften. Ein Hochhalten der Preise für Lebensmittel ist schon allein durch die stark gestiegene Bodenrente gesichert.

Und die angebotenen Voraussetzungen für einen gegen früher erheblich höheren Preisstand werden noch verschärft durch Bestrebungen der Erzeuger. Es wäre unnützlich, sich nicht einzugesehen, daß die Agitation für Erweiterung und ein weiteres Hinausziehen der Schutzollmauern nun eine breitere Grundlage gefunden hat. Vor allem ist es die Auffassung von der Notwendigkeit, Deutschland, in gewissen Grenzen in Verbindung mit den Mittelstaaten, zu einem sich möglichst selbst versorgenden Wirtschaftsgebiet auszugestalten, ganz besonders in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln. In Verbindung damit stehen auch verschiedene Eroberungspläne. Deren Durchführung soll Deutschland, sowohl in der Versorgung mit Nahrungsmitteln als auch in der des Selbstgewinnens von Rohstoffen, mehr als bisher vom Ausland unabhängig machen. Ein vom Weltmarkt unabhängiges Land kann es allerdings nicht geben: wir gebrauchen das Ausland sowohl als Lieferant von Nahrungsmitteln, wie auch als Hergeber von mannigfachen Rohstoffen. Reis, Kaffee, Tee, Kakao, Pfeffer und andre Gewürze, ferner Baumwolle und mancherlei andre Materialien können wir nicht in Deutschland erzeugen. Sollen wir etwa dauernd von dem Genuß jener Lebensmittel entwöhnt bleiben, und sollen wir dauernd nur noch in Papier gekleidet werden? Wir brauchen das Ausland nicht nur als Lieferanten, wir brauchen es auch als Abnehmer einer großen Reihe von gewerblichen Erzeugnissen. Für manche Industrien würde es eine Katastrophe bedeuten, wenn wir unsere Grenzen der Einfuhr sperren wollten. Unzweifelhaft bliebe uns dann auch der Weltmarkt für unsere überschüssigen Industrieerzeugnisse gesperrt. Als utopistisch muß es bezeichnet werden, etwa zu denken, Deutschland könne durch einen Nachkriegsfrieden das Ausland zwingen, uns dauernd Rohstoffe und die sonst noch von uns verlangten Waren zu liefern, während wir ihm für andre Erzeugnisse und Rohprodukte die Grenzen durch hohe Zölle versperren, und weiter von ihm verlangen, es solle unsere überschüssigen Erzeugnisse ungehindert bei sich einführen lassen.

Man braucht nur alle diese Fragen aufzuwerfen, um zu erkennen, daß die Bestrebungen, durch ein Schutzollsystem die deutschen Grenzen vom Weltmarkt in weitem Umfange abzusperren, die größten Gefahren für die Arbeiterschaft heraufbeschwören müßten. Die während der Kriegszeit erzielten hohen Preise, vornehmlich eine Folge der Abschirmung Deutschlands vom Weltmarkt, hat in den Kreisen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeuger großes Gefallen an solchen Zuständen hervorgerufen und empfänglich gemacht für den Gedanken, die für sie vorteilhafte Abspernung später durch hohe Zollmauern zu bewirken. Darin beruht eine große Gefahr für die Verbraucher.

Hinzu kommt die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung auch durch den weiteren Ausbau der Verbrauchsabgaben: Steuern auf Kohlen, elektrischer Energie, Tabak, Zucker, Alkohol, vielleicht auch noch auf Getreide — durch Einführung eines Getreidemonopols. — und möglicherweise auf noch weitere Verbrauchsartikel. Das alles summiert sich mit den Verkehrssteuern zu einer beträchtlichen Last für den Haushalt des Arbeiters.

Daß die großen Vermögen und die gewaltigen Kriegsgewinne in starkem Maße zu den Bedürfnissen des Reiches und der Bundesstaaten herangezogen werden, darauf darf man sich keine sehr großen Hoffnungen machen. Die politisch und wirtschaftlich starken Interessentengruppen treten energisch für eine Schonung des Kapitals ein, angeblich, weil ein ungeschwächtes Kapital unbedingt erforderlich sei, um unsere Friedenswirtschaft wieder aufzubauen. Welche Ansichten in dieser Beziehung vorherrschen, bekundete der v. Hoesadomsky, der im Reichstage sich in dieser Frage fast unbedingt auf die Seite der ausgesprochenen Kapitalvertreter stellte. Und

Spezial-Papiere.

Während der Kriegszeit hat die Papierindustrie die daraus resultierenden Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung überstanden. Seit dem Kriegsausbruch sind jedoch die Rohstoffe für die Papierindustrie fast ausschließlich aus dem Ausland zu beschaffen. Die Rohstoffe sind durch den Krieg sehr verteuert worden, und die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet.

Der Papiermarkt ist durch den Krieg sehr unruhig. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet.

Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet. Die Papierindustrie hat sich durch den Krieg sehr verschuldet.

erst noch vor einigen Wochen erklärte der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus, er halte eine Kriegsgewinnsteuer in Höhe von 25 Prozent schon für bedenklich. Dann gibt es eben anders keinen Ausweg, als die breite Masse in schwerster Weise mit indirekten, die Kaufkraft des Lohnes schwächenden Steuern zu belasten.

Will die Arbeiterschaft von diesen Lasten nicht erdrückt werden, dann muß sie sich die Möglichkeit sichern, durch entsprechende Steigerung der Löhne einen Ausgleich dafür zu haben. Diese Möglichkeit kann sie jedoch nur in einer starken wirtschaftlichen Kampffähigkeit finden. Ohne Kampffähigkeit wird sie unter den Willen des Kapitals gezwungen, das nicht an Lohnerhöhungen denkt, sondern im Gegenteil an ein tüchtiges Herabdrücken der Löhne.

Einige Beispiele dafür, wie man in bestehenden Schichten in der Lohnfrage denkt, welche Absichten obwalten, mögen dartun, wie sehr die Arbeiter Anlaß haben, sich auf die zukünftigen Verhältnisse vorzubereiten. In einer Versammlung von Landwirten in Breslau erklärte ein konservativer Politiker, in den Theatern und in den feinen Restaurants machten sich jetzt Arbeiter mit ihren nobel gekleideten Damen so breit, daß für andre — bessere — Leute dort kein Platz mehr sei.

Die Verwilderung der Jugend. Unter dem Einfluß des Krieges hat die Kriminalität der Jugendlichen eine bedenkliche Steigerung erfahren. In nichterzogenen führt man diese Tatsache weniger auf die Not der Zeit, als vielmehr auf den steigenden Selbststolz unter den Jugendlichen zurück, der durch die Möglichkeit der Erzielung unverhältnismäßig hoher Einnahmen eine wesentliche Förderung erfährt.

Wir wollen nur eine Frage stellen, sie genügt als Kommentar: Ist die erschreckende Zunahme der straffälligen Vergehen bei schulpflichtigen Kindern, die doch noch keine hohen Löhne verdienen, auch eine Folge des steigenden Selbststolzes aus Uebermut? Die Nichterzieher, die das obige Urteil fällen, wissen gar nicht, was in den sozialen Tiefen des Volkes vorgeht; sie sollten sich wenigstens bei ersten Lehrern und Geistlichen Belehrung holen.

Die Masse des Volkes lebt in schweren wirtschaftlichen und sozialen Nöten! Was soll aber erst werden, wenn bei verzögerten Löhnen die ungeheuren Kosten des Krieges vornehmlich auf die Arbeiter abgewälzt werden?

Furchtbar würden die Arbeiter zu leiden haben, furchtbar würde die Gesamtheit von den Lasten bedrückt werden, wenn sie nicht stark genug sein sollte, mit dem Kapital um die Erlangung ausreichender Löhne zu ringen.

Wollen die Arbeiter ringen und kämpfen können, dann wird es die höchste Zeit, ihre Organisation auszubauen. Es ist keine Stunde zu versäumen.

Von 1901 bis 1910 starben in Bremen von je 10 000 Lebenden an Tuberkulose*):

Table with 4 columns: Alter, Wohlhabende, Mittelstand, Vermere. Rows for age groups 0-1, 1-5, 5-15, 15-30, 30-60.

In Frankreich starben von 1907 bis 1908 pro 10 000 Lebende**):

Table with 4 columns: Alter, Gesamtbevölkerung, Unternehmer, Arbeiter. Rows for age groups 25-34, 35-44, 45-54, 55-64.

Das ist die Erklärung für das Mehrstimmenrecht bei zunehmendem Alter. Kommt es auf Grund einer solchen Verschlechterung zu einer Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien, so hat die Regierung kein Recht mehr, von einem gleichen Wahlrecht zu reden.

Vom Herrenhaus erwartet selbstverständlich niemand eine Verbesserung der malträtierten Wahlrechtsvorlage. Es müßte denn Sicherungen bekommen, die den Landtag überhaupt bedeutungslos machen würden. Das kann aber die Regierung umgekehrt mitmachen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Gute Aussichten für die Gummi-Industrie?

Obwohl uns die Zufuhr von Kautschuk in der Hauptsache abgeschritten ist, dürfte doch die gesamte Produktion verbraucht werden: infolge des erhöhten Bedarfs unserer Kriegsgegner. Das hat tatsächlich zu einer Produktionssteigerung an Kautschuk geführt.

Gerade bei Kautschuk liegen die Verhältnisse so, daß trotz der zunehmenden Nachfrage nach dem Kriege eine wesentliche Preiserhöhung nicht einzutreten braucht, weil bis dahin alle Pflanzungen, die vor dem Jahre 1909 angelegt waren, mit ihrem Vollertrag an den Markt kommen.

Die Zunahme der Kautschukproduktion ist in stetigem Fortschreiten begriffen. Wenn man die hohen Frachten und Versicherung mit den Friedenspreisen vergleicht, so zahlt man heute wenigstens 2 d. für das Pfund, was früher 1/4 d. kostete.

Die Frage, ob und wann eine fabrikmäßige Herstellung synthetischen Kautschuks in großen Maßstab sein wird, ist noch nicht spruchreif. So wie die Verhältnisse liegen, müßte der synthetische Kautschuk unter 3,50 Mark pro Kilogramm hergestellt werden.

Nach Böhlinger ist anzunehmen, daß wir vorerst mit dem natürlichen Rohprodukt noch billiger zu arbeiten imstande sein werden als bei Verwendung mit künstlichem Kautschuk. Allerdings ist die Frage noch nicht entschieden, wie die Handelsverträge ausfallen werden.

Papier-Industrie

Lohnerhöhungen in der Form von Kriegsanteile.

Verschiedene übereifrige Fabrikanten suchen auf ihre Arbeiterschaft einzuwirken, um diese zur Zeichnung von Kriegsanteile zu bewegen. So hat z. B. die Papierfabrik Einjedel den Sohn des Fabrikdirektors Reichel mit der Unterschiffenjammlung zur Kriegsanteile beauftragt.

Der Papierfabrikant schreibt, daß er Anfang März mit seinen Leuten durch gegenseitiges Uebereinkommen in Verhandlung wegen einer Lohnaufbesserung getreten sei. Der Gesamtarbeiterausschuß ist mit ihm dahin übereingekommen, eine dreißigprozentige Lohn-

erhöhung zu erhalten, und zwar 10 Prozent in Form einer Vorkaufbesserung auf die jeweiligen Lohnbeiträge, und 20 Prozent in Form von Kriegsanteile, indem Personen bis zu 3 Mk. Lohn 100 Mk., von 3 bis 5 Mk. 200 Mk., über 5 Mk. 300 Mk. Kriegsanteile erhalten.

Der Fabrikant ist von dem Gesichtspunkte ausgegangen, indem er seinen Leuten den Vorschlag bezüglich der Kriegsanteile machte, daß während des Krieges trotz aller hohen Löhne keine Ersparnisse erzielt werden, und daß gerade ein Viertel Jahr nach dem Kriege, zu welcher Zeit die Herausgabe der von den Leuten gezeichneten Kriegsanteile fällig werde, die Notwendigkeit größerer Anschaffungen des im Kriege stark verbrauchten Kleidungs- und andern Materials an den einzelnen herantrete.

In der Sitzung des Arbeiterausschusses ist über den Wert der Kriegsanteile für die deutsche Volks- und Kriegswirtschaft gesprochen worden; der Fabrikant hat seinen Leuten die nötige Aufklärung dazu gegeben, so daß sie freiwillig zu dem entsprechenden Beschluß gekommen sind.

Zur Verwaltung ist ein Verwaltungsrat gebildet worden, in welchem der Fabrikbesitzer den Vorsitz führt und dem zwei von dem Ausschuss und zwei von ersterem gewählte Vertreter angehören. Ebenso ist eine Sazung gebildet.

Leider gibt Herr v. St. nicht an, was für Aufgaben der Verwaltungsrat, in dem der Unternehmer den Vorsitz führt und noch selbst zwei Personen hinein „wählt“, und mozu noch die gnädige Teilnahme von zwei Ausschussmitgliedern wird, zu erfüllen hat.

Vielleicht ist der betreffende Unternehmer oder Herr v. St. so freundlich, darüber der Öffentlichkeit Auskunft zu geben. Vom Standpunkte der Arbeitnehmer können wir eine derartige Regelung der Lohnfrage nicht befürworten.

Während der Kriegszeit trotz aller „hohen Löhne“ keine Ersparnisse erzielt werden können, weil eben die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel noch höher gestiegen sind als der Verdienst der Arbeiterschaft, so sollte man es den einzelnen Arbeiter schon selbst bestimmen lassen, ob und auf welche Art er noch in der Lage ist, Ersparnisse für die kommende Friedenszeit zu machen.

Während der Kriegszeit trotz aller „hohen Löhne“ keine Ersparnisse erzielt werden können, weil eben die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel noch höher gestiegen sind als der Verdienst der Arbeiterschaft, so sollte man es den einzelnen Arbeiter schon selbst bestimmen lassen, ob und auf welche Art er noch in der Lage ist, Ersparnisse für die kommende Friedenszeit zu machen.

Während der Kriegszeit trotz aller „hohen Löhne“ keine Ersparnisse erzielt werden können, weil eben die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel noch höher gestiegen sind als der Verdienst der Arbeiterschaft, so sollte man es den einzelnen Arbeiter schon selbst bestimmen lassen, ob und auf welche Art er noch in der Lage ist, Ersparnisse für die kommende Friedenszeit zu machen.

Während der Kriegszeit trotz aller „hohen Löhne“ keine Ersparnisse erzielt werden können, weil eben die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel noch höher gestiegen sind als der Verdienst der Arbeiterschaft, so sollte man es den einzelnen Arbeiter schon selbst bestimmen lassen, ob und auf welche Art er noch in der Lage ist, Ersparnisse für die kommende Friedenszeit zu machen.

Nahrungsmittelvergeudung durch die Papierfabrikation.

Den Papierfabrikanten sind für einzelne Papierarten bis zu 4 Prozent Kartoffelhäute bewilligt worden, die zur Herstellung von hochwertigen Papieren Verwendung finden. Dieser bewilligte Prozentsatz ist nach der Ansicht eines Sachmannes viel zu hoch bemessen, so daß, wenn die bewilligte Menge Kartoffelhäute wirklich zur Verarbeitung, eine Verwässerung dieses für die Volksernährung immerhin wichtigen Nahrungsmittels erfolgt.

Den Papierfabrikanten sind für die einzelnen Papierarten bis zu 4 Prozent Kartoffelhäute bewilligt worden, welche Menge jeder billig denkende Papiermacher als zu hoch erachten muß, zumal Stärkegewinnung aus Stoff zum Papier nicht von so wichtigem Bedeutung für die Gase ist, wie von manchen angenommen wird und durch die Ueberkapazität verdrängt ist.

Den Papierfabrikanten sind für die einzelnen Papierarten bis zu 4 Prozent Kartoffelhäute bewilligt worden, welche Menge jeder billig denkende Papiermacher als zu hoch erachten muß, zumal Stärkegewinnung aus Stoff zum Papier nicht von so wichtigem Bedeutung für die Gase ist, wie von manchen angenommen wird und durch die Ueberkapazität verdrängt ist.

Die preussische Wahlrechtsfrage.

Trotzlose Aussichten. Am 14. Mai hat das Abgeordnetenhaus auch in der dritten Lesung das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Was aber allgemein erwartet wurde, die Auflösung des Landtags, ist nicht eingetreten. Ob die Regierung wartet, bis sie selbst aufgelöst wird? Dann hätte sie alle Schwierigkeiten hinter sich über diejenigen, die etwas zu erwarten haben, denen gleiches Recht gesprochen wurde, die werden immer mißtrauischer, um so mehr, als der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, erklärte, über ein nach dem Alter abgestuftes Mehrstimmenrecht würde sich reden lassen.

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal da auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwertes bildet.

Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren, entgegen der Erwartung der Staatsregierung, innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.

Was soll das heißen? Hier muß doch etwas nicht in Ordnung sein. Wenn ein nach dem Alter abgestuftes Mehrstimmenrecht nicht ändern sollte, weshalb dann solche Kunststücke? Über das nach Alter abgestufte Mehrstimmenrecht hat etwas für sich, d. h. etwas, das sich gegen die Arbeiterschaft kehrt. Bekanntlich ist die Sterblichkeit in den unteren Volksklassen eine prozentual höhere als in den wohlhabenden Schichten. Daraus ergibt sich eine relative Abnahme der Zahl bei zunehmendem Alter in der arbeitenden Bevölkerung zum Vorteil der Wohlhabenden. Hier nur einige Beispiele von vielen.

* Koffe, Einfluß der sozialen Lage auf die Tuberkulose. (Frankfurt und soziale Lage“). F. F. Lehmanns Verlag, München 1913.) ** Nach einer Studie von Michael Huber im Juliheft 1912 des „Bulletin de la statistique générale de la France“ (zitiert in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“, H. 1., S. 109).

